

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer, Jan van Aken, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der vereinbarten Debatte zum neuen Strategischen Konzept der NATO

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf dem Lissaboner Gipfel wollen die NATO-Staaten mit der Verabschiedung des neuen Strategischen Konzeptes ihre Rolle als globale Ordnungsmacht und ihr Recht auf unilaterale weltweite militärische Interventionen festschreiben. Bereits mit dem 1999 verabschiedeten und derzeit noch gültigen Strategischen Konzept hat sich die NATO über das Völkerrecht gestellt und die Autorität der Vereinten Nationen untergraben. Der völkerrechtswidrige Angriff auf Jugoslawien 1999, die Beteiligung am US-amerikanischen „Krieg gegen den Terrorismus“ sowie die Unterstützung des völkerrechtswidrigen Angriffs der USA auf den Irak 2003 waren die logische Konsequenz. Insgesamt haben die letzten zehn Jahre deutlich gezeigt, dass dieser Kurs keinen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit und zur Förderung des Friedens in Europa und weltweit leistet.

Angesichts der ungebrochenen Eskalation der Gewaltspirale in Afghanistan unter maßgeblicher Beteiligung der NATO gehört es zu den vordringlichen Aufgaben der NATO-Mitgliedstaaten auf dem Gipfel in Lissabon, die Entscheidung für eine Beendigung der ISAF-Militärintervention zu treffen. Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen und verlängert nur die Leiden der Bevölkerung und führt auch zu vermeidbaren Verwundungen und Tötungen von NATO-Soldaten. Von dem Lissabon-Gipfel muss ein klares und deutliches Zeichen ausgehen, dass auch die NATO Waffenstillstandsgespräche zwischen den Konfliktparteien vorbehaltlos unterstützt. Der immer noch aufrechterhaltene Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages, der auch Grundlage für die Operation Enduring Freedom ist, muss aufgehoben werden.

Das Festhalten der NATO am Einsatz von Atomwaffen untergräbt die laufenden Bemühungen um weltweite nukleare Abrüstung. Das Beharren der NATO auf das Recht zu einem atomaren Erstschlag und auf das System der nuklearen Teilhabe, das die Stationierung von US-Atomwaffen in Europa legitimiert und durch das Nicht-Atomwaffenstaaten entgegen den Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen (NVV) de facto Einfluss auf Atomwaffen erhalten, droht die zaghaften Fortschritte, die bei der NVV-Überprüfungskonferenz im Juni 2010 erzielt werden konnten, zunichte zu machen.

Die Neugewichtung der Europäischen Union im Rahmen des neuen Strategischen Konzeptes, insbesondere im Hinblick auf das „burden sharing“, bereitet den Boden für die weitere Militarisierung Europas und den ungebremsten Rüstungswettlauf der NATO mit sich selbst. Bereits jetzt sind die NATO-Staaten mit 620 Mrd. Euro für etwa 2/3 der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich. Nun soll mit der Beteiligung der europäischen NATO-Staaten an dem milliardenteuren US-Raketenabwehrschirm auch im Bereich der strategischen Waffensysteme ein neuer Rüstungswettlauf

begonnen werden. Diese zunehmende Militarisierung Europas verhindert den Erfolg der dringend notwendigen vertrauensbildenden Maßnahmen mit den Nachbarstaaten, wie sich bereits im Scheitern des wichtigsten europäischen Rüstungskontrollvertrages, dem KSE-Vertrag, gezeigt hat. Die NATO sollte statt dessen ein deutliches Zeichen für weltweite Abrüstung setzen und eine Initiative für die Reduzierung ihrer konventionellen Waffenarsenale vorlegen.

Eine einfache Fortschreibung und Ergänzung des Strategischen Konzepts der NATO wird weder den sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht noch eröffnet es Wege zu einer konstruktiven Friedens- und Sicherheitspolitik. Die Antwort auf die dringendsten Zukunftsfragen wie Klimawandel, Energieversorgung, Frauen- und Menschenrechte, Unterentwicklung und Massenvernichtungswaffen – kann nur in einem friedlichen Miteinander gegeben werden. Umso gefährlicher ist es, wenn die NATO zur öffentlichen Rechtfertigung ihrer Fortexistenz ein breites Spektrum an potentiellen nicht-militärischen Bedrohungen und Risiken, wie den „internationalen Terrorismus“, „cyber attacks“ oder gar die wirtschaftliche Gefährdung der Mitgliedsstaaten bemüht. Der Einsatz Ocean Shield am Horn von Afrika zum Schutz der Handelswege der NATO-Mitgliedsstaaten ist bereits ein bedenklicher Vorgeschmack darauf, wie die NATO in Zukunft ihre Rolle als globale Militärmacht zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten benutzen will. Mit den „globalen Partnerschaften“ werden die Voraussetzung geschaffen, ad hoc gemeinsam mit anderen Staaten auch in entlegenen Regionen zu intervenieren – jenseits den Organisationen der Vereinten Nationen. Dieser Ausweitung und Neudefinition des Auftrages muss die Bundesregierung auf dem NATO-Gipfel eine klare Absage erteilen und klar stellen, dass die Bundeswehr hierfür nicht zur Verfügung steht.

Das neue Strategische Konzept der NATO ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung und muss deshalb abgelehnt werden. Die NATO unterstreicht mit dem neuen Strategischen Konzept, dass sie auch in Zukunft vor allem eigene Machtinteressen mit militärischen Mitteln durchsetzen und ihren Gestaltungsspielraum durch die Bekämpfung weltweit identifizierter nicht-militärischer Bedrohungen weiter ausbauen will. Damit ist die NATO ein Hindernis für die Förderung von Frieden und globaler Sicherheit und muss ersetzt werden durch ein System kollektiver Sicherheit, das auf Zusammenarbeit, Vertrauensbildung und Abrüstung aufbaut.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das neue Strategische Konzept im NATO-Rat abzulehnen;
2. die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abzuziehen und im NATO-Rat die Beendigung des ISAF-Einsatzes zu fordern;
3. der Vorbereitung und Durchführung von out-of-area Einsätzen der NATO im NATO-Rat eine klare Absage zu erteilen, insbesondere indem
 - die Bundeswehr aus allen laufenden NATO-out-of-area-Einsätzen zurückgezogen wird;
 - im Bündnis auf die Beendigung aller laufenden out-of-area-Einsätze (Operation Enduring Freedom, Operation Active Endeavour, Operation Ocean Shield) gedrängt wird;
 - die Bereitstellung von Personal und die Finanzierung für die NATO-Interventionsstrukturen, wie z.B. die NATO Response Force, beendet wird und die Auflösung dieser Interventionskapazitäten eingefordert wird;
4. in der NATO darauf zu drängen, die nukleare Erstschlagsdoktrin aufzuheben und konkrete nukleare Abrüstungsschritte einzuleiten, bei der die Bundesregierung mit der Aufkündigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands die Initiative ergreift;
5. die Beteiligung der NATO an dem US-Raketenabwehrschild abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion